

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Magasinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereintgt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behm, Berlin O 27,
Magasinstraße 6/7 II (Postfach 1006), zu richten. — Bezugs-
preis durch die Post Grundpreis monatlich 2 Mk. mai Schlußzahl
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgehaltene Seite.

Inhalt: Eine Enquete des Reichswirtschaftsrates zu den Textilpreisen. — Die Sache der Opposition. — Eingeschränkte Publikationspflichten der Aktiengesellschaften? — Die Gelben rühren sich. — Eine Regelung der Löhne der Strumpfwirker des Erzgebirges durch den Heimarbeiterschauausschuß. — Bericht von der Verbandsgeneralsammlung in Cassel. — Frauen-, Jugend- und Betriebsrat. — Gauskonferenzen. — Manifest des organisierten Proletariats der deutschen Textilindustrie. — Berichte aus Sachteilen.

Eine Enquete des Reichswirtschaftsrates zu den Textilpreisen.

Auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums soll die Höhe der Textilpreise Gegenstand einer Enquete des Reichswirtschaftsrates werden. Veranlassung gaben die hohen Textilpreise, die 10 bis 20 Proz. höher liegen, als die in den benachbarten Konkurrenzländern. Die deutsche Textilindustrie ist aber nur dann lebens- und entwicklungsfähig, wenn der Export von Textilfertigmaren und der Import der Rohstoffe wertmäßig sich einigermaßen ausgleicht. Während der Inflationsperiode im vergangenen Jahre brach der Innenmarkt völlig zusammen. Die Textilindustrie war vollkommen auf den Export beschränkt. Obwohl in dieser Zeit der Export stieg, nahm die Arbeitseinsparung und Arbeitslosigkeit in beispielloser Weise überhand. Die Marktstabilisierung gab der Gesamtwirtschaft wieder eine festere Grundlage. Die Wirtschaftslage besserte sich. In der Textilindustrie wurde die Krise durch besonders günstige Konjunktur abgelöst. Die günstige Konjunktur ist ausschließlich auf die Kräftigung des heimischen Marktes zurückzuführen. Es kommt noch hinzu, daß in breiten Volksschichten ein gewaltiger Hunger nach Textilwaren vorhanden war, weil sie jahrelang ihren Bedarf an Wäsche und Kleidung nicht decken konnten. Diese Ersparung des Innenmarktes hat zweifellos einen großen Anreiz zur Preissteigerung gegeben, und man kann die Preise, die heute gefordert werden, sehr wohl als Konjunkturpreise anpreisen. Die Preissteigerungen für Textilwaren überragen weit die Preissteigerungen anderer Erzeugnisse.

Es ist nun leicht erklärlich, wenn auf dem heimischen Markt günstiger Ab Absatz vorhanden ist und Preise gezahlt werden, die über den im Ausland gebotenen Preis um 10 bis 20 Proz. hinausgehen, daß sich dann die Unternehmer nicht besonders bemühen, im Ausland ihre Waren unterzubringen. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten steht deshalb in einem ungünstigen Verhältnis zur Einfuhr der textilen Rohstoffe und bleibt noch wesentlich gegen die Ausfuhr der Vorkriegszeit zurück. Das Bedenkliche aber ist, daß der deutsche Markt mit ausländischen Fertigerzeugnissen, infolge deren billigerer Preisgestaltung, überschwemmt wird. Die Einfuhr von Baumwollgeweben ist von 5280 dz im Monatsdurchschnitt 1923 auf 7550 dz im Januar und auf 17840 dz im Februar gestiegen. Der Monatsdurchschnitt 1913 betrug nur 8510 dz. Auch die Einfuhr von Wolllgeweben hat in ganz bedenklicher Weise zugenommen. Die Gesamteinfuhr von Textilrohstoffen und Textilwaren steht im Januar nicht wesentlich hinter der Einfuhr im Monatsdurchschnitt im Jahre 1913 zurück, obwohl die deutsche Textilindustrie nur etwa 70 Proz. der Produktionskräfte der Vorkriegszeit in Tätigkeit hat. Es ist ganz klar, daß, wenn dieser Zustand nur noch kurze Zeit anhält, die deutsche Textilwirtschaft einen Rückschlag erleiden muß, dessen verheerende Wirkung gar nicht abzusehen ist.

Die Preisbildung wird auch dadurch ungünstig beeinflusst, daß Spinner, Weber und auch die Grobisten die Waren in Devisen bezahlt verlangen, und zwar nicht nur zum Teil, sondern in der Höhe des vollen Wertes. Diese Forderung ist an und für sich völlig unberechtigt, weil in dem Produkt einmal der Arbeitslohn und dann zum anderen auch andere Unkosten enthalten sind, die aus der deutschen Volkswirtschaft entstammen. Die Devisenbeschaffung muß selbstverständlich verteuern wirken. Aber ganz ohne Zweifel steht fest, daß die starksten Spinner und Weber Preise fordern, die völlig unberechtigt sind. Es werden deshalb auch aus der Geschäftswelt heftige Vorwürfe erhoben und wird behauptet, daß sie ihre Forderung um etwa 20 bis 30 Proz. zu hoch stellen. Die Spinner, und namentlich die Baumwollspinner, waren immer „Dieverdienen“. Das Wort von dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Münch-Kerber: „Die Spinner schwimmen im Fett“, ist bisher immer am Platze gewesen.

Demgegenüber steht aber nun, daß die Löhne, die in der Textilindustrie gezahlt werden, wesentlich niedriger sind als im Auslande. Sie betragen nur noch etwa 70 Proz. der Vorkriegslöhne. Es wäre schon längst am Platze gewesen, daß die Verhältnisse, und vor allen Dingen die Maßnahmen der Tarifkartelle und Preisconventionen, nachgeprüft worden wären. Uns scheint es, als wie wenn die gegenwärtigen Untersuchungen reichlich spät erfolgten, und daß letzten Endes aus der ganzen Aktion nicht viel herauskommt. Immerhin ist es bezeichnend genug für die Textilindustriellen, daß ein bürgerliches Ministerium sich gezwungen sieht, gegenüber der Preisgestaltung für Textilwaren Maßnahmen der fernestehenden Art zu ergreifen. Richtiger wäre es, wenn schließlich das Ministerium selbst mit fester Hand die Untersuchungen vornehmen würde.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zur Sache folgendes: „Die Frage, ob die Textilpreise zu hoch sind, ist außerordentlich umstritten. Die Tatsache, daß sie etwa 10—15 Proz. höher sind als in den Nachbarländern ist als feststehend. Die Kritik wird dabei nicht nur von der Öffentlichkeit, sondern auch vom Großhandel geübt und läuft auf den Vorwurf hinaus, daß Spinner und Weber ihre Forderungen um etwa 20—30 Proz. zu hoch stellen. Man kämpft daran die Forderung, die Hermannen, die ein hoher Einfuhrzoll auf ausländische Fertigwaren bereitet oder die etwa in besonders protektionistischer Handhabung der Einfuhrkontrolle bestehen, zu beseitigen.“

Demgegenüber steht die Textilindustrie auf dem Standpunkt, daß die Verteuerung, gemessen an ausländischen Waren, gering sei (Frachten), und daß sie zum großen Teil, einmal in der eigenartigen Situation beruhe, in die sie die plötzlich mit der Währungsstabilität eingetretene Nachfrage brachte (geringe oder keine Vorräte an Roh- und Halbwaren), dann in den besonderen Unkosten, die Kapital- und Devisenbeschaffung sowie Steuern ihr auferlege. Bezüglich einer Aufhebung der Einfuhrzölle führt sie ins Feld, daß eine solche Rücksicht auf die Lage des Devisenmarktes und der gleichfalls drohenden Arbeitslosigkeit zu überlassen sei, denn sie würde die deutsche Textilindustrie in wenigen Jahren ruinieren. Im übrigen sei die Baumwolle in diesem Jahre so kurzstapelig ausgefallen, daß Ueberpreise von ihr zu zahlen seien.

In der Tat ist das Gebiet der Streitfrage außerordentlich undurchsichtig und gründlicher Durchleuchtung durch objektive Stellen bedürftig. Das Hauptmotiv für die Preisgestaltung ist natürlich die ganz ungemöhnliche Marktlage. Nach jahrelanger außerordentlicher Schwächung der Kaufkraft des Käuferpublikums, bei der eine Unterversorgung mit Bekleidungsmiteln nebenher lief, ist mit der Besserung der Kaufkraft durch die Stabilität der Währung der bisher hinangehaltene Bedarf mit aller Schärfe hervorgerochen. Gestiegen wurde der Begeh nach wahrscheinlich durch spekulative Tendenzen im Großhandel, so daß sich zu steigenden Preisen steigende Absatzmengen eingestellt. Die letzten Wessen haben die Sonderstellung der Textil- (und auch der Schuh-)industrie deutlich gezeigt. Bei ihr steht die Marktlage einem natürlichen Preisabfall, wie er in anderen Industrien unter dem Druck der Kapitalmarktverhältnisse sich einstellen, entgegen.

Die Aufgabe, die sich der Reichswirtschaftsrat gestellt hat, ist außerordentlich schwierig. Er wird die Lösung nicht nur in der Zusammenstellung von Sachverständigen- und Interessenberichten zu suchen haben, sondern darüber hinaus die ungelunden Stellen aufzeigen müssen, die etwa der pfleglichen Behandlung über die Kartellverordnung bedürfen. In der Deffektivität wurde auf mehrere solcher Stellen hingewiesen. Andererseits aber wird die Enquete unvermeidlich die Schwierigkeiten aufzeigen, die durch die Devisenpreis- und Reparationspolitik während der letzten Monate entstanden sind. Nicht allein sind es die Unkosten, die die tropfenweisen Zuteilungen verursachen (Wanzen, Reparationskosten, Bereitstellung flüssiger Mittel), sondern vor allem auch wohl die Devisenbeschaffung außerhalb der amtlichen Notiz, die preissteigernde Momente in sich tragen. Und verliert werden alle diese Unkosten dadurch, daß große Teile der Textilindustrie in allen Stufen der Verarbeitung noch immer Bezahlung in Devisen verlangen. Weiterhin aber ist es die veredelungsfeindliche Form der Umsatzsteuer, die das fertige Produkt häufig drei- bis fünfmal mit 2½ Proz., im ganzen also mit 7½—12½ Proz. belastet. Ein besonderes Kapitel bildet auch die Kreditpolitik der Reichsbank, die mit ihrer vielleicht allzu-toleranten Behandlung der Diskontfrage viel vernachlässigt hat.

Im vorstehenden haben wir sicher nur einen Teil der Fragen angedeutet, die der Klärung und Behandlung harren. Jede Maßnahme wird ausgehen müssen von der allerersten Rücksicht auf die Währung und damit auf die Gesamtwirtschaft.

Die Sache der Opposition.

Die Berliner sogenannte Opposition der Textilarbeiter unter Führung von Forsttreuter, Blum und Unger gaben sich am 28. April in den „Sophten“ in Berlin ein Stelldweilen, um den Bericht von der Casseler Generalsammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes entgegenzunehmen. Ganze 80 Personen stellten das „Massenaufgebot“ der Berliner kommunistischen Opposition, „Gruppe Textil“, dar. Die Versammlung, die um 7 Uhr abends beginnen sollte, mußte in Rücksicht auf den „Massenandrang“ (um 7 Uhr waren erst 10 bis 15 Teilnehmer infolge der Vorstandsmittglieder erschienen) um eine Stunde vertagt werden.

Irma Gard Rasch, das neue Orakel von Delphi, erstattete den Bericht von der Generalsammlung. Sie hat zwar nicht selbst in der Generalsammlung teilgenommen, Irma Gard aber ist die größte Kapazität der Spiritisten in der Gegenwart und ist demzufolge am besten befähigt, über die Generalsammlung zu berichten. Daneben hat sie noch zu allem Ueberfluß von ihrem Kollegen Forsttreuter, der auch nicht an der Generalsammlung teilgenommen hat, Informationen erhalten. In ihrem Referat bewies sie, daß sie über die Tätigkeit der Verbandsgeneralsammlung der Textilarbeiter in Cassel außerordentlich „au“ informiert war. Irma Gard hätte ja selbst gern an der Generalsammlung teilgenommen. Sie war zu diesem Zweck auch nach Cassel gefahren, aber die Amsterdamer hatten in ihrer Rücksichtlosigkeit kein Verständnis für die freundliche Unterstützung der schönen Irma Gard. Sie versperrten ihr den Weg, wie sie sagte, durch „Hintergardisten“ — bei den Beziehungen, die sie zu den „Hintergardisten“ hat, war ihr dieses unabhägere Verhalten der Leute ganz unerklärlich —, zur Generalsammlung. Im letzten Falle hat sich Irma Gard, die Helferin, ein klein wenig geirrt. Es waren nicht Hintergardisten — wir können es ihr diesmal verzeihen —, es war von der sozialdemokratischen Partei in Cassel organisierte Saalkampf. Solch kleine Irrungen kommen bei Irma Gard öfter vor. Diese Irrungen sind gewollt. Sie entstammen dem sogenannten kommunistischen Kateschismus von Lenin.

Daß Irma Gard an der Arbeit der Generalsammlung der Textilarbeiter in Cassel kein gutes Haar läßt, kann man sich leicht denken. Besonders hat es sie geärgert, daß zur Unterstützung von Anträgen 100 Stimmen notwendig waren, und zwar deshalb, weil die kommunistische Fraktion nur 56 Stimmen aufbringen konnte. Irma Gard wurde deshalb ganz fürchterlich und empfahl als Gegenmaßnahme gegen das „Treiben“ des Vorstandes, daß die Genossen im Textilarbeiterverband unter allen Umständen solange zusammenzuhalten haben, bis dieselben wegen ihrer Unfähigkeit vom Vorstand ausgeschlossen werden. Erst dann werden sie dem Bekleidungsarbeiterverband, „Gruppe Opposition“, beitreten. Dies ist ja ganz schrecklich! Aber es kommt noch besser. Sie empfiehlt weiter, es müsse dafür gesorgt werden, daß die Gewerkschaftsbureaus nicht mehr zur Ruhe kommen dürften. Ob dieser Andeutung sind wir schon ganz zerknirscht. Wir sehen unser schreckliches Ende schon vor uns. Das wird ja das reine Sodom und Gomorrhah! Schöne Irma Gard, wie kannst du so schrecklich sein!

Ihrer Hefferei verbannt Irma Gard auch die Erkenntnis, daß die weitere Zusammenfassung der Opposition für die Kommunisten schwierig ist, da durch die Stabilität der Währung der Textilarbeiterverband eine gewisse Stabilität — wie schade — erreicht habe und wieder Unterführungen zahlen könnte, wodurch die Stellung der Opposition erschwert würde und die von der Opposition gewonnenen Mitglieder bereits wieder zum Deutschen Textilarbeiterverband zurückkehrten. Sie erhärtete diese Erkenntnis durch ein Beispiel aus Linbach, wo es zwei Amsterdamer Vorstandsmittglieder des Textilarbeiterverbandes, die die abtrünnigen Mitglieder von Haus zu Haus

aussuchten, gelungen ist, dieselben für den Textilarbeiterverband wieder zurückzugewinnen. Sie prophezeit dann, daß durch diese Verhältnisse und der Agitation der Amsterdamer der Opposition die Mehrzahl ihrer Anhänger wieder verloren gehen würden.

Forsttreuter führte in der Versammlung den Vorsitz. Es ist der Würdige der Würdigen. Er ergriff nach Irma Gard das Wort und schilderte ebenfalls seine Ergebnisse auf der Verbandsgeneralsammlung der Textilarbeiter in Cassel, an der er nicht teilgenommen hatte. Er entwürfelte sich ebenfalls über die „Hintergardisten“, die ihn nicht in das Tagungslokal hineinließen, an der er doch so gern teilgenommen hätte, sowie über den Ausschluß der kommunistischen Presse. Nachdem er sich über diesen Punkt genügend ausgeschleimt hatte, deutete er an, daß sie auch „Bonzen“ haben müßten, weil ohne Angestellte eine Zeitung der neu gemannenen Massen nicht möglich sei. Forsttreuter brachte sich damit in empfehlende Erinnerung. Jedemfalls hat die KPD bald ein Einsehen und macht Forsttreuter zum „Bonzen“ in der Hoffnung, daß dann die Massen, die bisher ausgeblieben sind, — kommen. Forsttreuter sagt dann weiter, sie müßten sich auch an der Lohnpolitik beteiligen — ei, ei —, aber nicht durch Verhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft, sondern als Kampforganisation, indem sie sich mit den Unternehmern an den grünen Tisch setzen und die Erfüllung ihrer Forderungen verlangen. Uns bleibt der Sinn dieser Rede etwas dunkel. Meint etwa Forsttreuter damit, daß man sich mit den Unternehmern an den grünen Tisch setzt und als „revolutionärer Arbeiter“ Revers unterzeichnet, in welchen man dem Unternehmer künftiges Wohlverhalten verspricht? Vielleicht gibt uns Forsttreuter über diesen Punkt gelegentlich eine weitere Aufklärung.

In der Diskussion sprachen dann u. a. nach Schumacher, der Gewerkschaftsausführer vom Bekleidungsarbeiterverband, „Gruppe Opposition“, und zwei ehemalige Vorstandsmittglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes, namens Blum und Günther, und der unvermeidliche Emmerich. Schumacher brachte seinen Verband in empfehlende Erinnerung. Von Mostau hätten sie noch keinen Pfennig Unterstützung erhalten — gibt wirklich Mostau Unterstützung? —, trotzdem sei es dem Verband möglich gewesen, Streiks bis zu sechs Wochen siegreich durchzuführen. Die Streikunterstützungen zahlten in diesen Fällen die Amsterdamer Gewerkschaften. Da in den Oppositionsgruppen die Beiträge ausschließlich für die Arbeiter verwandt würden und nicht, wie im Deutschen Textilarbeiterverband, um den Bureautraten vom Vorstand das Reisegeld für ihre Unterhaltungen und Lieblingeleien mit den Unternehmern zu verschaffen, sei es ihnen eben möglich, „revolutionäre Kämpfe“ zu führen. Letzten Endes werden die Streikenden mit Suppenlogik aus der Internationalen Arbeiterhilfe abgelpft.

Mit besonders großer Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis von der Schlechtigkeit und Niedrigkeit der Amsterdamer, die den kommunistischen Rednern das Wort früher erteilten, ehe sie ihre Reden vorbereitet hatten. Gerade eine Rede vorzubereiten, macht bei den Kommunisten erhebliche Schwierigkeiten. Sie hatten zwar eine Instruktionsschrift mitbekommen, aber die reichte hierzu auch nicht ganz aus. Mostau bestimmt, was sie sagen und nicht sagen dürfen. Um mit Mostau genau konform zu gehen, hatten sie einen Funddienst zwischen Mostau und Cassel eingerichtet, und gerade, als dieser Funddienst nicht funktionierte, gerade in diesem Moment erhält der Hauptredner das Wort. Es ist klar, daß unter diesen Umständen die an Mostau gebundenen kommunistischen Redner gegenüber den Amsterdamer jämmerlich unterliegen müßten. Diese Niederlage der kommunistischen Redner auf der Generalsammlung in Cassel haben wir nur der ausgefochten Schlechtigkeit der Amsterdamer zu verdanken. (Große Rührung bei den Anwesenden. Vielfaches Schluchzen wurde vernehmbar.) Letzten Endes nahm man eine Resolution an, welche dem Sinne nach folgendermaßen lautet:

„Die Berliner Textilarbeiter-Gruppe hält es vorläufig für zweckmäßig die unorganisierten Massen im Textilarbeiterverband zusammenzufassen, die Wählbarkeit im verklärten Maße fortzusetzen und nach Erlangung einflußreicher Macht zu den Bekleidungsarbeitern, Gruppe Opposition, zu stoßen. Jedes vorher aus dem Deutschen Textilarbeiterverband ausgeschlossene Mitglied habe sich aber bereits vor dem Massenübertritt bei dem Bekleidungsarbeiterverband als Mitglied zu melden.“

Wir könnten zwar noch vieles über die „glänzend“ verlaufene Versammlung der Opposition berichten. Wir wollen es aber hiermit genug sein lassen, weil wir uns nicht den Farn der „schönen Irma Gard“ zuziehen wollen. Letzten Endes verfeinden wir uns noch mit unserem alten Forsttreuter, und das möchten wir auf keinen Fall.

Eingeschränkte Publikationspflichten der Aktiengesellschaften?

Die Schaffung der leicht übertragbaren Aktien hat im Zusammenhang mit dem deutschen Wirtschaftsaufschwung seit der Reichsgründung einem glänzenden Triumphzug der Aktiengesellschaften die Wege gebahnt und erwies sich damit zugleich als eines der mächtigsten Förderungsmittel der technisch-wirtschaftlichen Ummäzungen des letzten Jahrhunderts. Die schwer überlebenden Verflechtungen der Interessen der Industrie, und Bantwelt in ihrer jetzigen Stärke wurden hierdurch erst möglich gemacht. Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands beruhte also zu einem erheblichen Teile auf der schnellen und weitgehenden Einbürgerung des Systems der Aktiengesellschaften. Das Vertrauen zum Aktienwesen hat wiederum seine Grundlage in dem streng bewahren Grundfah weitestgehender Publizität.

Wenn z. B. im § 265 HGB bestimmt war, daß nach der Genehmigung der Bilanz durch die Generalsammlung die Bekanntmachung der Bilanz im „Deutschen Reichsanzeiger“ und bei den im Gesellschaftsvertrage bestimmten Blättern zu erfolgen habe, so fand das Publizitätsprinzip weniger in dieser Vorschrift seinen Rückhalt, als in dem wohlverstandenen Eigeninteresse der Gesellschaft. Es gehörte zum guten Ton der Gesellschaft, ihre Publikationen neben dem „Reichsanzeiger“ noch in einigen anderen Tageszeitungen vorzunehmen. Vor dem Kriege hätte auch schwierig ein Kapitalist einem Unternehmen seine Gelder zur Verfügung gestellt, wenn es ihm nicht mühelos möglich gewesen wäre, sich jederzeit über den Stand des Betriebes zu unterrichten.

Diese für den Aktionär — besonders für den kleinen — eigentümlich selbstverständliche, aber auch für die breite Öffentlichkeit und besonders für die Arbeiterschaft wichtige Publizitätsvorschrift soll nun gleichfalls dem allgemeinen Absatz zum Opfer fallen. Man stellt im Reichsjustizministerium Erwägungen darüber an, die unter dem 14. Februar d. J. erlassene Verordnung über die Einschränkung öffentlicher Bekanntmachungen noch wesentlich auszu dehnen. Das Entscheidende der Verordnung vom 14. Februar liegt darin, daß das Registergericht den Vorstand einer Aktiengesellschaft auf ihren Antrag von der Verpflichtung zur Veröffentlichung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung befreien kann, wenn glaub-

haft gemacht wird, daß die Kosten der Veröffentlichung in offenbarem Mißverhältnis zu dem Vermögenslage der Gesellschaft stehen.

Von Standpunkt des Aktionärs aus ist es zu verständlich, daß er jetzt auf dem Plan erscheint und die Regierung bestürzt, von der Aufhebung der Publizität abzusehen.

Sollte das Reichsjustizministerium den Einflüsterungen gewisser Kreise nachgeben und die Publizierungspflicht aufheben, dann wird die Öffentlichkeit in Zukunft über die Lage unserer Gesellschaften noch weniger erfahren als es jetzt schon der Fall ist.

Wertwürdigerweise wird der Abbau dieser eminent wichtigen Publikationen, die nicht ohne prinzipielle Bedeutung für die Wirtschaftsbedeutung eines Landes sind, auch amtlicherseits mit den hohen Kosten begründet.

Es ist immerhin lehrreich, daß das Großkapital jetzt Sturm läuft gegen Gesetze, die in der Vorkriegszeit unter wilhelminischer Ära geschaffen wurden.

Aus all diesen Gründen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ein großes Interesse an dem Problem der Publizierungspflicht für Aktien-Gesellschaften, da auch die von ihr einschlagende Taktik damit in Berührung kommt.

Die Gelben rühren sich.

Die jahrelang betriebene wilde kommunistische Agitation gegen die Gewerkschaften hat zweifellos den Erfolg gehabt, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften teilweise erschüttert und daß zahlreiche Arbeiter den Gewerkschaften den Rücken gekehrt haben.

„Sie fördern entschieden Wiedergutmachung des dadurch an den tüchtigen Arbeitern begangenen Unrechts durch eine Heraushebung der Gelernten und der Tüchtigen in allen Gruppen über die durchschnittlichen Löhne durch den Leistungslohn.“

In einem anderen Artikel „Zur Besserung der Lohnverhältnisse“ wird die Schuld an den niedrigen Löhnen darauf zurückgeführt, daß Deutschland außenpolitisch gebunden ist und infolgedessen keine höheren Löhne gezahlt werden könnten.

Die deutsche Wertgemeinschaft hat nun durch Rundschreiben die Verbandsleitungen der Arbeitgeberverbände auf die Nr. 4 der „Deutschen Wertgemeinschaft“ hingewiesen und bittet, daß die Verbandsleitungen dafür Sorge tragen sollen, daß die deutsche Wertgemeinschaft den notwendigen Einfluß in den Angestellten- und Arbeiterkreisen erlangt.

Eine Regelung der Löhne der Strumpfbordierer des Erzgebirges durch den Heimarbeitersachauschuß.

In bezug auf die Entlohnung der Heimarbeiter in der Strumpfbordiererei des Erzgebirges haben wir im letztvergangenen Jahre alle Hebel in Bewegung setzen müssen, um den Bordiererinnen zu dem tariflichen Rechte zu verhelfen.

Die Strumpfbordiererei wird ausschließlich von Heimarbeiterinnen betrieben, die in den Orten Chemnitz, Lugau, Oelsnitz, Wilschütz, Stollberg, Löbnitz, Schneeberg, Gersdorf, Rödlitz, Hohendorf, Erlbach, Ritzberg, Seifersdorf, Pfaffenham, Jahnstorf verstreut wohnen.

Diese Heimarbeit wird schon seit Jahrzehnten von Frauen und Kindern ausgeführt. Die Entlohnung für diese Arbeit war von jeher eine jämmerliche. Eine nicht geringe Schuld an der jämmerlichen Bezahlung trugen die Faktore bzw. Ausgeber, die sich gegenseitig bei den Wirkwarenfabrikanten, die solche Arbeit bei bieten in Auftrag geben, unterboten haben.

Die Errichtung der Affordlöhne geschieht nunmehr nach einer aufgestellten Leistungsfähigkeitstabelle. Auch wurden die Unternehmer, welche Strümpfe zum Bordieren an die Heimarbeiter ausgaben, durch Schiedspruch verurteilt, für die Zeit vom 1. bis 27. Oktober 1923 zu leisten.

Besonders zu bemerken ist dabei, daß gegen die Beschlüsse, welche nach § 34 des Hausarbeitersgesetzes gefaßt sind, keinerlei Rechtsweg zulässig ist. Der Festsetzungsbeschuß gilt für das Gebiet des Freistaates Sachsen und tritt mit dem 1. April 1924 in Kraft.

Der Festsetzungsbeschuß des Heimarbeitersachauschusses und die Befestigung dazu kann Interessenten von der Gauleitung zugestellt werden.

Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Cassel.

Erster Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung. (Fortsetzung.) Den Geschäftsbericht des Vorstandes

erstattet Hermann Jäckel. Er führte, wenn man keine sehr ausführlichen Darlegungen in großen Zügen zusammenfaßt, etwa folgendes aus: So ausführlich wie früher können wir den Bericht nicht erstatten; denn es hat sich die brennende Frage erhoben: Kann es der Verband dulden, daß eine fremde Macht zerstörende Elemente in dem Verband unterhält und sie mit Befehlen ausstattet?

Kommunistische Instruktionsschrift

vorlegen, nach der auf Ordre von Moskau den Verhandlungen alle möglichen Schwierigkeiten bereitet werden sollen. Auch die Vorhin bei der Geschäftsordnung, der Bureauwahl usw. gestellten Anträge sind in der Moskaer Instruktionsschrift anbefohlen.

Konzentration des Kapitals

mächtiger als je wurde. Jäckel fuhr dann fort: „Es ist töricht, unsere Dymnastie gegen die wirtschaftliche Entwicklung unserer Taktik in die Schuld zu schieben. Die Arbeiterschaft habe nun einmal nicht die Macht, gegen die ehernen Tatsachen anzurennen, wenn sie sich nicht selbst den Kopf einrennen wollte.“

die Arbeiterschaft für die wirtschaftliche Umformung intellektuell vorzubereiten.

In dieser Beziehung hat der Gewerkschaftsbund wahrhaftig seine Pflicht getan. Mit einer anderen, einer revolutionären Taktik, also dem Generalkrieg, ist nichts zu erreichen, und auch alle kommunistischen Aufstände haben nur von Niederlage zu Niederlage geführt und die Arbeiterbewegung außerordentlich geschwächt.

Jäckel besprach dann die Reparationen und die Ruhraktion und wies nach, daß die Gewerkschaften mit Recht den aktiven Widerstand und die von den Kommunisten betriebene Verbündung mit Schlageter, Reventlow und den Rechtsblockschweifern abgelehnt haben. „Natürlich“, so fuhr Jäckel fort, „brachte die Inflation dem Textilarbeiterverband die größten finanziellen Schwierigkeiten, und er mußte sich an die ausländischen Bruderorganisationen um Hilfe wenden.“

der Sperrung setzten sie Mißtrauensvoten gegen die Verbandsleitung durch. Schließlich wurden zu demselben Zweck wilde Streiks angezettelt, um den Verband zu sprengen. Dazu kam der Terror, den die kommunistischen Hundstrecken ausübten.

Jäckel wies sodann ausführlich nach, daß es ganz falsch sei, die Aufhebung des Achtstundentages dem Ermächtigungsgesetz zuzuschreiben. „Wenn wir aber“, fuhr er fort, „mit aller Kraft uns selbst zurückgefunden haben, werden wir den Achtstundentag zurückerobern.“

Nachdem er die in der intellektuellen Vorbereitung der Arbeiter zur wirtschaftlichen Umformung gipfelnden neuen Aufgaben des Verbandes zusammengefaßt und auch auf die politische Lage ausführlich eingegangen war, las er der Versammlung ein Manifest vor, das die Textilarbeiter zur Bildung einer wirklichen Einheitsfront

auffordert und in der Hauptfrage den Kern der Ausführungen Jäckels zum Inhalt hat. Das Manifest wird den Delegierten des Verbandstages zur Unterschrift vorgelegt werden.

Nachmittags-Sitzung. Die Nachmittags-Sitzung begann mit dem Kassenbericht, den Otto Jehms erstattete.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit dem Kassenbericht, den Otto Jehms erstattete. Hierauf berichtete Josef Feinhals über Tarif- und Lohnpolitik.

Aus dem Bericht geht hervor, daß der Textilarbeiterverband während der Berichtszeit keineswegs das Kampfen verlernt habe. Er wies auf die erfolgreichen Kämpfe in der Berichtsperiode. Soweit man nicht von der „revolutionären“ Kampfweise der Kommunisten angezogen sei, wären die Kämpfe erfolgreich gewesen.

Kommunistische Wählerarbeit

ein. Wenn es auch in der Inflationszeit unmöglich gewesen sei, die Lohnhöhe der Geldentwertung folgen zu lassen, so hätte man sie immerhin der Inderhöhe anzupassen gesucht. Die Kommunisten seien in der Theorie sehr stark, in der Praxis aber laudum. So habe der kommunistische Kollege Scholz mitten in einer Lohnbewegung in Landeshut eine Demonstration von einigen hundert Kindern von 14 bis 18 Jahren veranstaltet, die so mordsmäßig geschrien, daß Scholz keine nicht kommunistischen Kollegen hat, die Demonstranten zu beruhigen, die ja die ganze Verhandlung störten.

Arbeitszeitverordnung

hätte zwar die 48stündige Arbeitswoche anerkannt, aber eine Menge Ausnahmen zugelassen; deshalb sei eine Ueberstundenordnung nötig gewesen, die die Bezahlung der Ueberarbeit regelt. Dieser Vorschlag sei ihm, dem Redner, sehr übel genommen worden, so vernünftig er sich jetzt erweise.

Kämpfe um die Wiedereroberung des Achtstundentages

zu geschehen? Es käme das Volksbegehren in Betracht. Das würde zu einem sehr schweren und keineswegs erfolgreichen Kampf führen. Gegen die Unternehmer wäre dabei noch leicht zu kämpfen; aber die Kommunisten würden die Gewerkschaftsführer derart mit Schmutzkübeln überschütten, daß selbst Arbeiter gegen den Achtstundentag stimmen würden. Deshalb müßten die Köpfe erst hell gemacht werden. Wir müßten dem Achtstundentag durch Aufklärung die Annahme sichern, dann hätten wir ihn. Jetzt merke man, daß die Revolution doch etwas gebracht, und daß auch die Textilarbeiter noch etwas zu verlieren hätten.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Von den drei Verbandsvorsitzenden Jäckel, Hübsch und Schrader führt heute Schrader den Vorsitz, nachdem gestern Hübsch die Versammlung geleitet hatte. Die heutige Sitzung begann mit dem Bericht Hugo Dreßels über das Verbandsorgan „Der Textilarbeiter“.

